CDU-Stadtratsfraktion

per Telefax
Oberbürgermeister
Hans-Dieter Schlimmer
- Stadtverwaltung -
Marktstraße 50

76829 Landau

Rolf Morio
Fraktionsvorsitzender

Marienring 16
76829 Landau
Telefon 06341-87074
Telefax 06341-82988
Rechtsanwalt.Morio@t-online.de

26.11.2009

Anträge zum Haushalt 2010

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die CDU-Stadtratsfraktion stellt im Rahmen der Verabschiedung des Haushaltes 2010 folgende Anträge:

1. **Verbesserung der Begehbarkeit des Rathausplatzes im Rahmes des Haushaltsansatzes Attraktivierung der Innenstadt (Programm „Aktive Stadtzentren“)**

   Im vorliegenden Haushaltsplanentwurf sind Mittel für die Attraktivierung der Innenstadt, insbesondere der Fußgängerzone Gerberstraße, vorgesehen. Die Stadt rechnet für die geplante Aufwertung dieses Bereiches mit Zuschüssen aus dem Landesprogramm „Aktive Stadtzentren“.

   Die CDU-Stadtratsfraktion **beantragt**, bei diesem Vorhaben auch die Verlegung von Gehwegplatten bzw. von Kleinpflaster auf der südlichen Seite des Rathausplatzes vorzusehen und sich dafür um entsprechende Fördermittel zu bemühen.

   Die Verbesserung der Begehbarkeit der Landauer Fußgängerzone ist für Bürgerinnen und Bürger sowie die Kunden und Gäste von Einzelhandel und Gastronomie ein dauerhaftes Anliegen. In den zurückliegenden Jahren konnten hierbei immer wieder punktuelle Verbesserungen erreicht werden, zuletzt auf der östlichen Seite des Rathausplatzes.

CDU-Geschäftsstelle
Zweibrücker Straße 16
76829 Landau

Telefon 06341-934611
Telefax 06341-934627
E-Mail cdu.suedpfalz@t-online.de

Geplant ist wohl auch bereits eine Verbesserung auf der nördlichen Seite des Platzes. Mit einem entsprechenden Plattenbelag auf der Südseite könnte die Anbindung an den Bereich Kron-/Gerberstraße verbessert und aufgewertet werden.

2. Schulmodernisierungsprogramm

Auf der Basis einer entsprechenden Sachstandsermittlung hat der Stadtrat vor einigen Jahren ein umfassendes Sanierungsprogramm für die Landauer Schulgebäude verabschiedet. Dementsprechend wurden für die Sanierung der Landauer Schulen in den zurückliegenden Jahren Millionenbeträge aufgewendet.

Die CDU-Fraktion **beantragt,** die Erstellung eines Berichtes über den aktuellen Stand der Sanierungsarbeiten in allen städtischen Schulen.

Die bisherigen Prioritäten der verabredeten Sanierungsmaßnahmen haben sich durch die Maßnahmen aus dem Konjunkturprogramm II, die Veränderungen in der Schullandschaft sowie die zusätzlichen Anforderungen (z. B. Fachsäle für das neu geschaffene Fach Naturwissenschaften) verändert, so dass aus Sicht der CDU-Stadtratsfraktion eine Aktualisierung des bisherigen Sanierungsprogrammes notwendig ist, um in künftigen Haushaltsberatungen die Prioritäten richtig setzen zu können.

3. Kunstrasenplatz – Projekt

Für die Umwandlung des Jahnsportplatzes in ein Kunstrasenspielfeld ist im Haushalt 2009 eine Verpflichtungsermächtigung über den Betrag von 30.000 Euro veranschlagt. Auf der Basis dieser Verpflichtungsermächtigung wurde beim Land Rheinland-Pfalz ein Antrag auf Bezuschussung mit Mitteln des Goldenen Plans gestellt. Derzeit ist nicht klar erkennbar, ob das Projekt im Jahr 2010 zur Umsetzung kommt, weswegen die Auszahlung des genannten Betrages von 30.000 Euro im vorliegenden Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2011 eingeplant ist.

Die CDU-Fraktion **beantragt** im Vorgriff auf den Nachtragshaushalt 2010 den Betrag von 30.000 Euro in den zu erwartenden Nachtragsetat aufzunehmen, sofern das Projekt im kommenden Jahr realisiert wird. Es ist der CDU-Fraktion wichtig, damit ein Zeichen zu setzen, dass der Stadtrat weiterhin zu diesem Projekt steht und die erforderlichen Mittel bereithält.

4. Aufstellung von Dorfentwicklungsplänen für die Stadtteile

„Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ ist spätestens seit 1996 ein erklärtes Ziel im Bundesbaulandbericht. Im § 1 des Baugesetzbuches wird sparsamer und schonender Umgang mit Grund und Boden gefordert. Beide Kriterien sind Aufforderungen, innerörtliche Potentiale zu mobilisieren und auf Dauer die Lebensqualität der Umwelt zu erhalten. Die dörfliche Innenentwicklung und damit ihre Aufgabenfelder muss deshalb künftig stärker thematisiert, planerisch aufbereitet und sukzessive pratisch umgesetzt werden.

Die CDU-Fraktion **beantragt** daher, die Verwaltung zu beauftragen bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode (2014) in Form eines Gesamtkonzepts für alle Stadtteile Dorfentwicklungspläne zu erstellen. Für die erforderlichen Bestandsaufnahmen, Bestandsanalysen und das Erstellen der Entwicklungskonzepte sind die Kosten zu ermitteln und in die jeweiligen Haushalte einzustellen. In den Haushalt 2010 ist zunächst ein Betrag in Höhe von 30.000,00 € einzustellen.

Gleichzeitig ist zu ermitteln, ob die Schaffung dieser planerischen Unterlagen zur ländlichen Ortserneuerung mit neuen Chancen für die Ortskerne im Rahmen des Investitionsstockes und ggf. auch der Dorferneuerung gefördert werden können.

Die Widmung „Dorfgebiet“, wie sie die Baunutzungsverordnung beschreibt, gibt es kaum noch. Deshalb stellt sich die Frage, wie der Charakter und damit das Wesen der Ortsinnenbereiche in Zukunft aussehen und organisiert werden kann. Die Antwort muss darauf abzielen, die Attraktivität unserer überwiegend ländlich geprägten Stadtdörfer und die Lebendigkeit ihrer Ortskerne zu erhalten bzw. noch zu steigern.

In vielen überalterten Innenbereichen mehren sich die Leerstände. Auch stehen durch den Strukturwandel heute schon viele Nebengebäude wie Scheunen und Stallungen leer. Hier stellt sich die wichtige Zukunftsaufgabe, solche Potentiale zu ermitteln und bei der Flächenbilanzierung zu berücksichtigen. Auch sie sind eine Art Konversionsgebiete, für die es aber noch keine planerischen Vorstellungen bzw. Konzepte gibt. Ob und wie diese Flächen sowie die innerörtlichen und Ortsrand-Baulücken - deren katastermäßige Erfassung längst beabsichtigt ist – in Zukunft genutzt werden können, bedarf qualitätsvoller und „bürgernaher“ städtebaulich-ortsspezifischer Konzepte.

Zum Antrag der CDU-Landtagsfraktion bezüglich der Teilnahme der „Stadtdörfer“ am Landes-Dorferneuerungsprogramm schreibt Innenminister Bruch am 29.05.2009 zur aktuellen Situation der Stadebauförderung an den Landtagspräsidenten, dass die Förderpolitik sich vor dem Hintergrund der Bund-Länder-Programme „Stadtumbau“, „Aktive Stadt(zentren)“ und „Historische Stadt(bereiche)“ an dem konkreten

Handlungsbedarf in den Städten und Gemeinden orientiere. Es würden dabei sowohl Stadtzentren als auch Stadtteile berücksichtigt. Maßnahmen in Stadt- und Ortsteilen würden unter Beachtung der dort geltenden Fördersystematik und Förderbedingungen vor allem im Rahmen des Investitionsstockes und ggf. auch der Dorferneuerung gefördert werden, so dass insgesamt flächendeckend eine ausgewogene Förderung der Städte und Gemeinden mit ihren Stadt- und Ortsteilen möglich sei. Diese Förderungsmöglichkeiten gilt es jetzt unbedingt zu eruieren.

5. Verkehrsberuhigende Maßnahmen in den Stadtteilen

Nicht nur die Anwohner der Schneiderstraße in Queichheim, sondern die Anwohner verschiedener Straßen in fast allen Stadtteilen beklagen seit Jahren die hohe Verkehrsbelastung und die damit einhergehende Geräuschentwicklung in ihren Straßen. Deshalb haben auch fast alle Stadtteile in ihren Prioritätenlisten verkehrsberuhigende Maßnahmen angemeldet.

Die CDU-Fraktion **beantragt** daher, das Stadtbauamt zu beauftragen, ein Gesamtkonzept über die notwendigen verkehrsberuhigenden Maßnahmen in den Stadtteilen zu erstellen. In dem Konzept ist eine Prioritätenliste anzuführen.

Beginnend im Jahre 2010 sind die Maßnahmen in einem Zeitraum von etwa drei Jahren durchzuführen. In den Haushalt 2010 ist zunächst ein Betrag in Höhe von 100.000,00 € einzustellen.

6. Finanzplanung 2011 - 2015

Der Fehlbetrag im städtischen Haushalt steigt 2010 um 3,1 Mio. Euro von 20,6 Mio. Euro auf 23,7 Mio. Euro.

Die Kassenkredite belaufen sich derzeit auf rund 60 Mio. Euro.

Das Eigenkapital schrumpft dramatisch, so dass wir nach der Prognose des Oberbürgermeisters (Neujahrsansprache 2009) in ca. 10 bis 15 Jahre „pleite“ sind.

Auch im Hinblick auf die hohen Mehrbelastungen, die im Falle einer Durchführung der Landesgartenschau auf uns zukommen werden, **beantragen wir,** eine mittelfristige Finanzplanung für den Zeitraum 2011 bis 2015 zu erstellen.

Die Finanzplanung hat Perspektiven aufzuzeigen, in welchem Umfang Investitionen überhaupt noch durchgeführt werden können.

Es ist darzulegen, ob und ggf. in welchem Umfang Schulden zurückgeführt werden können.

Es ist aufzuzeigen, welche Konsequenzen uns aus der Reduzierung des Eigenkapitals drohen und ob die städtische Finanzverwaltung eine Möglichkeit sieht, das Absinken des Eigenkapitals aufzuhalten.

Mit freundlichen Grüßen

Rolf Morio